

NEWSLETTER

“SWISS-BALTIC CHAMBER OF COMMERCE SBCC”

Kiriku 2, EE-10130 Tallinn, Estland

e-mail: swisschamber@sbcc.ee

Tel.: +372 645 09 16, Fax: +372 631 15 77

15 Seiten Datum: 19. 02. 10

Auf unserer Webseite finden Sie unter Swiss News Linkverbindungen zu aktuellen Themen in der Schweiz
www.swissbalticchamber.com, oder: www.swissbalticchamber.ch oder www.Tallin.ch

Vertreter von OSEC und SEC
Mitglied der Dachorganisation SwissCham
Erscheint regelmässig seit 1998

Das Protokoll des Schweizer Verteidigungsministeriums VBS (Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport) meldet:



(R.S.) Am 22. Januar 2010 fand der Antrittsbesuch des neuen litauischen Verteidigungsattachés, **Oberstleutnant im Generalstab Klaidas TOLYS**, beim Chef Militärprotokoll in Bern statt. Der neue Attaché wird seine Aufgabe von Vilnius aus als Reiseattaché wahrnehmen.

Rund um seinen Antrittsbesuch nahm er an der Exkursion des Chefs Personelles der Armee (J1), am Neujahrsempfang des Schweizer Armeechefs sowie am Vortrag über die Schweizer Sicherheitspolitik von Botschafter Catrina teil. Die Amtshandlung wurde mit dem Eintrag in das Goldene Buch der Verteidigungsattachés, dem Foto mit dem Chef Internationale Beziehungen Verteidigung (s. Bild) und dem Mittagessen mit dem litauischen Botschafter **Vytautas Petras PLECKAITIS** abgeschlossen.

ESTLAND

Estlands Weg zum Euro update



„Der Konvergenz-Bericht der Europäischen Zentralbank (EZB) im Mai dürfte klarmachen, dass der Beitritt von mittel-/osteuropäischen Ländern auf der Agenda bleibt, trotz der Probleme mit Griechenland“, sagt Radoslaw Bodys, Volkswirt bei der Bank of America und zuständig für Osteuropa. Lädt sich die Euro-Zone damit nun gleich die nächsten Probleme auf, ein „neues Griechenland“? Auch Bodys will das nicht ganz ausschliessen. „Es gibt ein Risiko, dass Länder, die zu früh beitreten, in den ersten Jahren einen Boom mit anschliessender Krise durchlaufen.“ Gleichwohl legen die Maastricht-Kriterien klar fest, welche Vorgaben ein Land erfüllen muss, um der Euro-Zone beizutreten. Und mehr noch: Der EU-Vertrag sieht sogar eine Pflicht zum Beitritt vor, wenn ein Land die Kriterien erfüllt.

Und trotz Wirtschaftskrise gibt es durchaus einige Länder, die diese Vorgaben erfüllen. Am eindeutigsten ist dies im Falle Estlands. Das Land befindet sich schon seit Juni 2004 im Wechselkursmechanismus II, die Krone ist fest an den Euro gebunden. Und bei den Maastricht-Kriterien steht das Land besser da als alle Euro-Länder, die Gesamtverschuldung des Staates liegt gerade mal bei knapp elf Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Deutschland: 79 Prozent).

Neben Estland sind derzeit Dänemark, Lettland und Litauen im Wechselkursmechanismus II. Die Dänen wollen den Euro jedoch nicht, die beiden anderen erfüllen derzeit die Maastricht-Kriterien nicht. Daher gibt es aktuell keine weiteren Kandidaten für einen Euro-Beitritt. Allerdings gibt es drei Staaten, die demnächst dem Wechselkursmechanismus II beitreten und damit einen wichtigen Schritt näher an den Euro rücken dürften. Dass Ungarn darunter ist, mag zunächst erstaunen. Im Zuge der Finanzkrise geriet das Land an den Rand des Staatsbankrotts, konnte nur mithilfe des IWF vor der Pleite bewahrt werden. Allerdings hat Ungarn inzwischen ein Schock-Programm hinter sich. Schon 2011 oder 2012 könnte das Land daher die Maastricht-Kriterien erfüllen.

Relativ gut sind die Aussichten auch für Bulgarien. Die Daten sind hier ähnlich positiv wie in Estland. Zudem ist die Währung bereits fest an den Euro gekoppelt. In Polen hängt dagegen viel von den Wahlen im Frühjahr kommenden Jahres ab, ob das Land die Mühen auf sich nimmt, den Staatshaushalt in Ordnung zu bringen und für einen Beitritt zum Wechselkursmechanismus zu optieren. In Tschechien dagegen scheinen Politik und Bevölkerung einer solchen Idee nach wie vor wenig abgewinnen zu können. Anleger können von einer Annäherung der einzelnen Wirtschaftsräume an den Euro profitieren. Die vergangenen Beispiele zeigen, dass es in den jeweiligen Ländern meist zu Aufholjagden kommt. Entscheidend ist dabei jedoch nicht der Beitritt zum Euro selbst, sondern die Phase nach dem Beitritt zum Wechselkursmechanismus II. Infolgedessen entwickelten sich beispielsweise die Aktienmärkte in Griechenland (ab 1. Januar 1999) und in Zypern (ab 29. April 2005) deutlich besser als jene im Rest Europas. Über Zertifikate können Privatanleger auf die Börsen in Budapest, Sofia, Warschau oder auch in Tallinn setzen. Allerdings gehen sie hierbei hohe Risiken ein, da diese Märkte sehr klein und daher auch hohen Schwankungen ausgesetzt sind. Ein weiterer Konvergenz-Effekt ist meist die Aufwertung der Währung nach dem Beitritt zum Wechselkursmechanismus. Der bulgarische Lew ist zwar bereits an den Euro gebunden, Radoslaw Bodys rechnet aber beim ungarischen Forint noch mit leichtem Aufholpotenzial, der polnische Zloty könne seiner Meinung nach sogar bis zu einem Wert zwischen 3,00 und 3,50 Zloty je Euro aufwerten (aktuell: 4,01), sofern Polen doch dem Wechselkursmechanismus beitritt. Über Estlands Euro-Wünsche wird aller Voraussicht nach bereits in diesem Jahr entschieden. Die EU-Kommission und die EZB wollen sich damit im Mai beschäftigen, mit einem Beschluss der EU-Regierungschefs wird im Sommer gerechnet.

Ansgar Belke, Euro-Experte und Mitglied der EZB-Beobachtergruppe ECB Observer, äussert sich skeptisch zu einer schnellen Einführung des Euros in Estland. Der Fall Griechenland lege den Schluss nahe, dass eine zu schnelle Erweiterung der Eurozone erhebliche Risiken birgt. Sie könnte bei gleichzeitiger Lockerung der Beitrittskriterien den Euro destabilisieren. Ausserdem könnte ein Beitritt zu einem deutlich unterbewerteten Wechselkurs die Wettbewerbsfähigkeit der bisherigen Mitgliedsländer gefährden. Es ist deshalb davon auszugehen, dass Osteuropas Euro-Kandidaten länger auf die Gemeinschaftswährung warten müssen als bisher angenommen. Die Europäische Zentralbank (EZB) dürfte künftig noch kritischer über den Beitritt urteilen. Die Vorgehensweise der EZB wird sich schon beim wahrscheinlich nächsten Euro-Beitrittskandidaten Estland verschärfen. So dränge die EZB beispielsweise darauf, dass das nationale Statistikamt in Estland unabhängig vom Regierungseinfluss sei.

Die estnische Regierung wird davon ausgehen müssen, dass vor allem die Inflationsrate und die Verschuldungskriterien mit bislang ungekannter Härte kontrolliert werden. Schon eine kleine Abweichung von den vier Maastricht-Kriterien könnte den konkreten Beitrittsfantasien vorerst ein Ende bereiten. Weil sich das Wirtschaftswachstum im gesamten Baltikum im EU-Vergleich äusserst schlecht entwickelt hat, erscheint die Euro-Einführung ferner denn je. Als Alternative zur Euro-Einführung ist eine Euroisierung im Gespräch. Dabei würde in den betreffenden Ländern der Euro als Zahlungsmittel mit allen Funktionen eingeführt – das Land würde dabei aber nicht Teil der Währungsunion und würde nicht an der EZB beteiligt. Auch hier überwiegen die Risiken, ja eine Euroisierung könnte sogar gegenteilige Effekte bewirken. Das leiseste Misstrauen könnte einen Ansturm der Einleger auf die Bankschalter auslösen, der zum Zusammenbruch des gesamten Finanzsystems beitragen könnte. Schliesslich verbleibt einem Land selbst nach der Euroisierung die Option, die eigene Währung mit einem neuen Wechselkurs wieder einzuführen. Zudem entsteht wahrscheinlich eine implizite Verpflichtung europäischer Institutionen wie der EZB zu einer Rettung („Bailout“) eines euroisierten Neumitglieds im Falle weiterer Zahlungsbilanzkrisen oder Bankenkrisen. Eine schwierige Lage dürfte insbesondere dann entstehen, falls die mittel- und osteuropäischen Länder ihre Banken- und Finanzsysteme nicht hinreichend reformiert haben und die anderen Euro-Mitgliedsländer als potenzielle Ausfallbürgen ansehen. Dies ist vor allem derzeit brisant, da die europäischen Instanzen voll damit beschäftigt sind, ihre in Finanznöte geratenen Mitglieder im Zaum zu halten oder sogar zu retten. Die Eurozone sollte nicht gerade in einer Phase neue Mitglieder aufnehmen, in der sie selbst Gefahr läuft, auseinanderzubrechen. Vor allem dann nicht, wenn die Neuen Problemländer sind. Die Idee, die Eurozone zu schwächen, um die Krisenländer Mittel- und Osteuropas zu stützen, ist im Prinzip selbstzerstörerisch. Ein überstürzter Beitritt weiterer Länder hätte vielmehr die Konsequenz, dass wichtige ökonomische Anpassungsprozesse in Osteuropa grundsätzlich verhindert würden. Ein übertrieben ehrgeiziger Fahrplan für die Einführung des Euros kann für ein einzelnes Land und – wie der Fall Griechenlands zeigt – für die Eurozone teuer werden. Es dürften noch viele Jahre vergehen, bis die Eurozone ihr siebzehntes Mitglied begrüssen wird.

S & P verbessert die Aussichten für Lettland und Estland

STANDARD & POOR'S

Während die Ratingagenturen Griechenland zunehmend kritisch unter die Lupe nehmen, entspannt sich die Lage für zwei baltische Länder. Standard & Poor's (S & P) hat den Bonitätsausblick für Estland und Lettland von "negativ" auf "stabil" gesetzt. Die Kreditwürdigkeit wurde bei "A -" bzw. "BB" belassen. Die Analysten sprechen von einer langsamen "Stabilisierung der Finanzlage". Die Chancen für

Estlands Beitritt zur Eurozone 2011, so S & P-Analyst Kai Stukenbrock, hätten sich "deutlich verbessert".

„Estland hat seinen öffentlichen Haushalt stabilisiert, was seine Chancen für den Eurobeitritt im Jahr 2011 deutlich erhöht. Diese Bewertung reflektiert unsere Sicht, dass Estland seine wirtschaftliche Flexibilität verbessert hat und die Aussicht auf die baldige Einführung des Euros wird Estland weniger abhängig machen von äusseren Finanzquellen“, führt Stukenbrock weiter aus.

Estland möchte das dritte osteuropäische Land werden, das dem Euro beitrifft nach der Slowakei und Slowenien. Premier Andrus Ansip hat das Haushaltsdefizit um 9 % des BIP gekürzt, um die Beitrittskriterien zu erfüllen, was wiederum im vergangenen Jahr zu einer Schrumpfung der estnischen Wirtschaft um 14 % geführt hat.

Der Winter hat auch das Baltikum fest im Griff



Seit Wochen herrschen auch hier Minustemperaturen, zwischen 7 und zeitweise 27 Grad, die grosse Teile des finnischen Meerbusens zu Eis erstarren liessen. In den vergangenen Jahren hielten die Kälteperioden jeweils nur einige Tage an, danach schmolz die winterliche Pracht wieder. Diesmal ist es anders. Vorige Woche wurden gar die Eisstrassen zu den vorgelagerten Inseln wieder einmal eröffnet. Gross war der Andrang, denn es galt zum Beispiel auf die 27 Kilometer lange Strecke vom Festland zur Insel Hiiumaa hinüber zu gelangen, ohne dass ein teures Fähreticket gekauft werden musste. In letzter Zeit hatten die Fähren zunehmend Mühe, um sich durch das Eis zu quälen, was zu erheblichen Verspätungen führte. Plötzlich konnte bei mehrfacher Geschwindigkeit zum Nulltarif über das Eis zur Insel gefahren werden. Der Andrang war so gross, dass es Wartezeiten gab, denn der Abstand zwischen den Fahrzeugen muss aus Sicherheitsgründen mindestens 250 Meter betragen. Als Höchstgeschwindigkeit sind maximal 60 Km/h erlaubt. Zunächst hatte die hohe Schneedecke die Eisdecke daran gehindert, die erforderliche Dicke zu erzielen. Dann wieder gab es trotz Minustemperaturen bei Sonneneinstrahlung zuviel Wasser auf der Eisdecke, so dass die Fahrt über das Eis zeitweilig wieder eingestellt werden musste, sodass die Inselbesucher- und Bewohner wieder die teure und langsame Fähre nutzen mussten.

LETTLAND

Weitere 200 Millionen Euro für Lettland vom IWF



Der IWF gab grünes Licht für einen weiteren Notkredit an Lettland. Der Exekutivausschuss des IWF billigte in Washington die Auszahlung von 200 Mio. Euro an das EU-Mitgliedsland, das sich wegen der weltweiten Wirtschaftskrise in akuten Finanznöten befindet. Damit hat der Baltenstaat bislang rund 1,0 Mrd. Euro aus seiner Kreditlinie in Höhe von 1,71 Mrd. Euro ausgeschöpft. Die 2,2 Mio. Letten haben wahrscheinlich die schlimmste Rezession der 27

EU-Mitgliedstaaten durchlitten. Das lettische Bruttoinlandsprodukt sank Schätzungen zufolge im vergangenen Jahr um mehr als 18 Prozent. Neben Lettland greifen auch die EU-Länder Ungarn und Rumänien auf Hilfen des IWF zurück.

Lettland unter strenger Aufsicht von EU und IWF



Es war eine mit Spannung erwartete Gerichtsitzung. Drei Tage vor Weihnachten 2009 entschied das Verfassungsgericht von Lettland dass die Rentenkürzungen, welche die Regierung ein halbes Jahr zuvor eingeführt hatte, ungültig sind. Rentner, die nur von ihrer Pension lebten, bekamen seitdem zehn Prozent weniger Geld, diejenigen, die noch einer Arbeit nachgingen, gar 70 Prozent weniger.

Die Kürzungen waren Teil eines mit EU und dem Internationalem Währungsfonds (IWF) abgestimmten Sparkurses. Denn als in Lettland Ende 2008 eine durch ungedeckte Kredite, hohe Lohnsteigerungen und viel Konsum genährte Blase platzte, stand das baltische EU-Mitglied und der Kandidat für die Eurozone vor dem Staatsbankrott.

Den verhinderten EU und IWF vor gut einem Jahr mit einem Kreditpaket von insgesamt 7,5 Milliarden Euro – mehr als ein kompletter Staatshaushalt. EU und IWF überweisen alle paar Monate die Millionen, mit denen Lettland die grössten Löcher in seinem Haushalt stopft – freilich erst dann, wenn Riga einen weiteren Spar- oder Reformschritt beschlossen hat. Auch die Rentenkürzungen gehörten dazu.

Lettland ist das erste EU-Land unter strenger Aufsicht von EU-Kommission und IWF – Griechenland könnte das nächste sein. Zwar gehört Riga, anders als Athen, nicht zur Eurozone. Doch das will Lettland bis 2014 schaffen. Seit gut einem Jahr streichen und sparen die Letten schon. Lettland kürzte nicht nur die Renten, sondern auch die Beamtengehälter – um 15 bis 20 Prozent. Fast ein Fünftel der Staatsdiener wurde entlassen, Zuschüsse für Schulen, Krankenhäuser und Universitäten zusammengestrichen. Die Einkommensteuer wurde erhöht. Gegen die Rentenkürzungen – denen in den Boomjahren noch grosszügigere Erhöhungen vorausgingen – klagten so viele Letten, dass die Verfassungsrichter um ein Ende der Klageflut baten.

Auch so entschieden die Richter am 21. Dezember über 9.000 Klagen. Ihr Urteil: Die Rentenkürzungen sind verfassungswidrig. Jetzt sucht die Regierung allein für dieses Jahr nach rund einer Viertelmilliarde Euro, die sie die Rückkehr zum alten Rentenniveau kostet – keine Kleinigkeit bei einem Staatshaushalt von umgerechnet 6 Mrd. Euro. Zudem entscheiden die Verfassungsrichter bald auch über Klagen gegen weniger Kindergeld.

Doch die Erfahrungen in Riga zeigen nicht nur, dass Sparen nicht ohne Widerstand bleibt. Während andere verschuldete Regierungen Europas schon davor zurückschrecken, zum



Schuldenabbau die Ausgaben um ein bis drei Prozent der Wirtschaftsleistung zu kürzen, entsprechen die Kürzungen in Lettland immerhin 16,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – das radikalste Sparprogramm Europas. „Das Beispiel Lettlands zeigt, dass sehr, sehr grosse Haushaltsanpassungen nicht nur nötig, sondern möglich sind“, sagte Präsident Valdis Zatlers (links im Bild) Ende Januar auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos. Die lettische Erfahrung könnte in anderen EU-Staaten wiederholt werden, fügte er hinzu.

Von der Rentenklage und einigen Demonstrationen höchstens mehrerer Tausend Menschen, blieben Proteste der Bevölkerung gegen den Sparkurs bisher vergleichsweise gering. Lettland hat freilich auch keine Alternative zum Sparen. Mit einem Minus der Wirtschaftsleistung von 25,5 Prozent innerhalb von zwei Jahren stecken die Letten in der schärfsten Rezession der modernen Wirtschaftsgeschichte, stellen die Ökonomen Marc Weisbrot und Rebecca Ray in einer neuen Studie fest. Während Lettlands

Finanzminister eine Rückkehr zu Wachstum Mitte 2010 für möglich hält, sagt der Währungsfonds ein Minus von vier Prozent, die Ratingagentur Moody's von zwei Prozent voraus.

Die Kosten von Rezession und Sparen sind für die zwei Millionen Letten dramatisch: Im Dezember war der EU-Statistikbehörde Eurostat zufolge fast ein Viertel aller arbeitswilligen Letten ohne Job – Negativrekord in der EU. Die Gehälter derer, die noch Arbeit haben, sind teils dramatisch gesunken. Gewiss: Fallende Löhne sind die Kehrseite des sich als Blase entpuppenden Booms: Damals stiegen Löhne, Renten und Gehälter in Lettland viel schneller als die Produktivität – ähnlich war es vor der Krise in Griechenland.

Nun sind zur Wiederherstellungen der Konkurrenzfähigkeit Gehaltskürzungen „sehr schmerzhaft, aber notwendig“, glaubt Mark Allen, IWF-Vertreter für Mittel- und Osteuropa. „Wir werden 2010 weitere Senkungen bei den Gehältern sehen, um die Konkurrenzfähigkeit zu steigern“, so Allen auf einer Konferenz in Riga.

Anders als die bereits mit dem Euro wirtschaftenden Griechen könnten die Letten auch ihre Währung, den Lats, abwerten und ihre Waren im Ausland schlagartig billiger machen. Dafür plädieren Weisbrot und Ray und verweisen auf das Beispiel Argentinien: Das wertete nach einem Staatsbankrott im Januar 2002 ab – und sah seine Wirtschaft schnell wieder wachsen.

Die Zeche in Argentinien zahlten ausländische Anleger, die in argentinischen Staatsanleihen angelegtes Geld verloren hatten. In Lettland dominieren schwedische Banken den Markt: Knapp neun Zehntel der in Lettland ausgegebenen Kredite lauten nicht auf Lats, sondern auf Euro und andere Hartwährungen. Im Oktober 2009 erwog die lettische Regierung, in Schwierigkeiten geratenen Letten die Rückzahlung nur eines Teils der Kredite zu erlauben. Diese Entscheidung hätte grosse Verluste für die Geldhäuser Swedbank, SEB und Nordea bedeutet.

Die EU und die am Kreditpaket für Lettland beteiligte schwedische Regierung machten Riga postwendend klar, dass sie eine solche Entscheidung nicht akzeptieren und kein weiteres Hilfgeld auszahlen würden – ohne dieses Geld wäre Lettland sofort pleite. Von den insgesamt 7,5 Milliarden Euro des Kreditpakets hat Lettland bisher drei Milliarden Euro in Anspruch genommen. Jetzt stehen 800 Millionen Euro zur Auszahlung an. Das entspricht rund 15 Prozent des Staatshaushaltes 2010. Selbst wenn das Geld kommt, ist das Loch im lettischen Haushalt immer noch gewaltig: 2010 wird es voraussichtlich 8,5 Prozent der Wirtschaftsleistung betragen. Finanzminister Einar Repse kündigte bereits an, Lettland müsse 2011 und 2012 noch einmal bis zu 1,2 Milliarden Euro sparen – ein weiteres Zehntel aller Staatsausgaben.

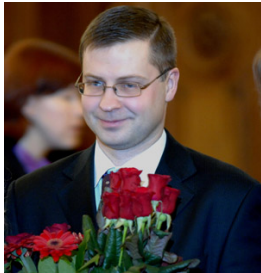
Einer vertraulichen Übereinkunft der lettischen Regierung mit EU und IWF zufolge, die der „Baltic Times“ zugespielt wurde, darf Riga kein Geld ohne Genehmigung der Aufpasser ausgeben. Steuersenkungen sind für die nächsten Jahre ausgeschlossen. Die Mehrwertsteuer muss um weitere zwei Prozent auf 23 Prozent erhöht werden, ebenso die Kfz-Steuer. Erfüllen sich Steuerprognosen der Regierung nicht, muss eine progressive Einkommensteuer eingeführt werden.

Beliebt ist die Regierung bei den Letten angesichts der Krise nicht. Zudem wird im Oktober 2010 gewählt. Als das Parlament die Regierung Ende Januar ermächtigen musste, Übereinkünfte mit EU und IWF unterschreiben zu dürfen – und so die Auszahlung der überlebenswichtigen 800 Mio. Euro zu ermöglichen –, war die selbst in der Regierung sitzende Volkspartei dagegen. Nur weil sechs oppositionelle Parlamentarier für die Regierung stimmten, wurde das Verhandlungsmandat erteilt.

Doch solchen Vorwahlenmanövern zum Trotz wird Lettland auch künftig keine Alternative haben, als den Vorgaben von EU und IWF zu folgen. „Ihre Bedingungen sind hart, aber wir haben wenig Wahl“, sagte Dzintars Zakis, Fraktionschef der Regierungspartei Neue Ära.

„Niemand sonst wird Lettland Geld zu so vorteilhaften Bedingungen leihen. China wird unser Haushaltsdefizit nicht finanzieren.“

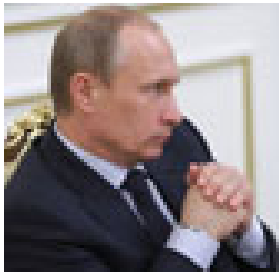
„Interne Abwertung“, das heisst Lohnsenkungen, zahlen sich aus



Als im Herbst 2008 die zweitgrösste Bank des Landes, die Parex Bank, über Nacht verstaatlicht werden musste, ahnte noch niemand der knapp 2,3 Mio. Einwohner, dass das der Anfang eines der schmerzhaftesten Sanierungsprogramme der jüngeren europäischen Geschichte war. Der baltische Staat hatte wie seine Nachbarn Estland und Litauen jahrelang weit über die Verhältnisse gelebt. Ein völlig überhitzter Immobilienmarkt, Lohnsteigerungen von bis zu 30 Prozent und vor allem billiges Geld der zumeist schwedischen Banken heizten die kleine

Volkswirtschaft dermassen an, dass sie mehrfach nach dem EU-Beitritt 2004 zum europäischen Wachstumsspitzenreiter mit einem zweistelligen Plus wurde. Mit der Lehman-Pleite kam der Zusammenbruch. Lettland musste sich als erstes Land an den Internationalen Währungsfonds (IWF) mit der Bitte um einen Notkredit in Höhe von 7,5 Mrd. Euro wenden. Der IWF willigte unter der Voraussetzung ein, dass die Regierung einen strammen Sparkurs durchzieht. Die lettische Regierung unter Premier Valdis Dombrovskis (oben im Bild) machte von vornherein deutlich, dass sie ohne Abwertung die Krise meistern wolle. Der Grund für die strikte Ablehnung einer Abwertung: Lettland will sich nicht den Euro-Weg verbauen, hofft, dass die Gemeinschaftswährung ab etwa 2012 eingeführt werden kann. Durch eine Abwertung würde das Land um etliche Jahre zurückgeworfen werden, da es wichtige Konvergenzkriterien nicht mehr erfüllt. Hinzu kommt, dass etwa 85 Prozent aller in Lettland vergebenen Kredite Fremdwährungskredite sind. Bei einer Abwertung würde es zu massiven Firmenpleiten und Privatinsolvenzen kommen, da die Kreditnehmer ihre Schulden nicht mehr tilgen können. Deshalb gab Dombrovskis das Motto der „internen Abwertung“ aus. Was sich harmlos anhört, macht den Menschen jetzt zu schaffen: Denn die Regierung beschloss in mehreren Runden, die Löhne der staatlich Bediensteten um bis zu 40 Prozent zu senken. Die Rechnung scheint aufgegangen zu sein. Lars Christensen von der dänischen Grossbank Danske Bank meint, dass die Lohnsenkungen „das einzige Mittel für Lettland sind, um den festen Wechselkurs gegenüber dem Euro“ zu behalten. Sirkka Hämäläinen, frühere finnische Zentralbankchefin, berät heute die lettische Regierung. Auch sie macht sich für die interne Abwertung stark. „Die Situation in Lettland erinnert an Finnland, wo wir Anfang der neunziger Jahre abwerten mussten und so viele Unternehmen in die Pleite trieben, weil sie Fremdwährungskredite hatten“, sagt sie. In den vergangenen Monaten hat der Druck von Währungsspekulanten abgenommen. Das Abwertungsgespenst ist verschwunden.

Nord-Stream-Pipeline: Putin will Ostsee schonen



Es scheint sich in Sachen Umweltschutz auszuzahlen, dass einige Vertreter der russischen Regierung von der Ostseeküste stammen. Sie schaffen in der russischen Regierung und den örtlichen Behörden für mehr Verständnis um die Umweltprobleme des schmutzigsten Binnenmeeres Europas. Dabei spielt auch das Streben eine Rolle, in der Ostsee die Nord-Stream-Pipeline zu

verlegen, ohne dabei die Umwelt stark zu belasten. Dem russischen Regierungschef Wladimir Putin (links im Bild), der in Sankt Petersburg aufgewachsen war, wurde beim "Ostsee-Gipfel 2010" am 9. Februar in Helsinki mit grosser Aufmerksamkeit zugehört. Putin hatte doppelten

Anlass, an dem Treffen mit rund 400 Abgesandten aus der Ostseeregion (darunter Staats- und Regierungschefs, Wissenschaftler, Experten und Organisationen) teilzunehmen.

Erstens bot sich die günstige Gelegenheit, Europa erneut zuzusichern, dass das Nord-Stream-Rohr in der Ostsee sauber, zuverlässig und absolut umweltfreundlich sein wird. Das entspricht im Grossen und Ganzen der Wirklichkeit. Zwar stand das Thema Nord Stream beim Gipfel eigentlich nicht auf der Tagesordnung, dennoch wurde ihm eine durchaus erklärbare grössere Aufmerksamkeit geschenkt.

Nord Stream hat schon sämtliche Gutachten hinter sich und von fast allen fünf Ländern, durch deren Gewässer das Rohr verlegt werden soll (Dänemark, Schweden, Finnland, Russland und Deutschland), die Genehmigung erhalten. Lediglich Finnland wartet noch mit seiner zweiten Genehmigung. Die Regierung in Helsinki gab im November ihr Okay für den Bau der Pipeline. Nun soll die Westfinnische Umwelt-Genehmigungsbehörde grünes Licht geben. Der finnische Premier Matti Vanhanen versprach, dass der Beschluss in wenigen Tagen erfolge, fügte allerdings hinzu, er könne nicht "im Voraus erraten, wie dieser Beschluss ausfallen wird".

Die Rede des russischen Premiers wird möglicherweise die finnischen Umweltschutzorgane zu einer positiven Antwort bewegen. Zweitens wird Russland bis einschliesslich Juni 2010 in der Kommission des HELCOM (Helsinki-Kommission) den Vorsitz führen. Seit 1992 ist die HELCOM-Kommission der wichtigste internationale "Wächter" über die Sauberkeit der Ostsee. Sie erarbeitet Massnahmen zu ihrem Schutz, kontrolliert die Aktionen der Anrainer und beobachtet die See und die Küstengebiete. Mitglieder der Kommission sind Russland, Deutschland, Dänemark, Finnland, Schweden, Polen, Lettland, Litauen und Estland.

Die ersten Pipelinearbeiten sollen bereits im April dieses Jahres beginnen. Die Gaslieferungen sollen beim ersten Strang 2011 und beim zweiten 2012 beginnen. Der Bau der Verdichterstationen bei Wyborg ist bereits im Gange. Nach der kompletten Inbetriebnahme wird das Nord-Stream-Rohr bis zu 55 Milliarden Kubikmeter Gas nach Westeuropa pumpen können. Die Pipeline (Länge: 1220 Kilometer) wird das russische Wyborg mit dem deutschen Greifswald verbinden.

Die Nord-Stream-Pipeline stösst vor allem bei jenen auf negative Reaktionen, die mit dem Projekt zwar in Verbindung stehen, aber daraus jedoch keinen Profit ziehen. Diese reichen von Kuriositäten bis zu provokanten Falschmeldungen.

So berichtete das schwedische Fernsehen drei Tage vor dem Gipfel, dass russische Schiffe entweder 1991 oder vielleicht 1994 bei Gotland chemische Waffen oder vielleicht radioaktive Stoffe begraben hätten, als sie ihre Flottenstützpunkte in Lettland verliessen. Schwedens Regierung erklärte, diese Informationen sind zu überprüfen, bevor sie eine Stellungnahme abgibt. Russische Militärs dagegen sprechen von Unsinn, weil es auf besagten Stützpunkten niemals chemische oder radioaktive Waffen gegeben habe.

Es ist erstaunlich, welche Reaktionen das Thema Gas auslöst. Die Finnen sagen, sie seien froh, von den Russen zu hören, dass sie endlich doch die Kläranlagen in Kaliningrad bauen würden. Diese Frage hängt seit 15 Jahren in der Luft. Kaliningrad gilt als eine der schmutzigsten Städte an der Ostseeküste, weil es bis heute keine Kläranlagen hat. Sankt Petersburg hat in den letzten Jahren die Filterung der Abwässer aus Haushalten und Fabriken verbessert.

In Wirklichkeit ist Russland bei weitem nicht der schlimmste Feind einer sauberen Ostsee. In diesem Punkt ist Polen wegen seiner rückständigen Landwirtschaft und seiner "schmutzigen" Industrie trauriger Spitzenreiter. Den grössten Schaden fügt der Ostsee die Ableitung von Phosphat- und Stickstoffdünger zu. 35 Prozent der Phosphor-Emissionen entfallen auf Polen. 18 Prozent auf Russland, und 11 Prozent auf Schweden. Auch in der Emission von Stickstoff steht Polen mit 27 Prozent an erster Stelle. Ihm folgen Schweden mit 17 und Russland mit 14 Prozent.

Das grösste Problem der Ostsee ist sie selbst. Sie ist das kleinste und seichteste halbgeschlossene europäische Meer mit einer sehr langsamen Wasserzirkulation. Für das, was in die See kommt, reicht heute die Zeit nicht mehr, auf natürliche Weise verarbeitet zu werden: Die Algen nehmen zu, der Sauerstoffgehalt nimmt ab. Ganze Abschnitte der Ostsee gelten bereits als "tot".

Die Beschlüsse des Helsinki-Gipfels sind für die Teilnehmer formal juristisch nicht verbindlich. Sie übernehmen ihre Verpflichtungen freiwillig. Deren Nichterfüllung könnte höchstens "eine Schande für den Staat" sein. Das Monitoring dieser "Schande" obliegt der Ostsee-Aktionsgruppe. Beim Gipfel wurden bis zu 140 Verpflichtungen übernommen: Programme, Aktionen zur Säuberung der Gewässer und der Küstenzonen, Bau von Kläranlagen usw. Auf Russland entfallen davon mehrere Dutzende. Ein Dank dafür gebührt auch der Nord-Stream-Pipeline.

Quelle: RIA Novosti

Lettland möchte die elektronische ID-Karte



Elektronische Identitätskarten (eID) sind nun auch in Lettland als Alternative zu den Reisepässen geplant und sollen bis Mai 2011 eingeführt werden. Um weitere Benutzer für die neue eID Karte zu gewinnen, planen die Behörden auch die elektronische Unterschriftstechnologie in die Karte zu integrieren. Dies sei eine Offerte an die Bürger Lettlands im Sinne ähnlicher Karten, die im Nachbarland Estland seit Jahren den Bewohnern zur Verfügung stehen, vermeldet BNS. Mit der estnischen ID- Karte kann beispielsweise am E-Voting bei den lokalen und nationalen Wahlen via Internet teilgenommen werden. Die ID-Karten in Estland, die Führerscheine, Kredit- und Debitkarten werden in Estland vom Schweizer Unternehmen Trüb Baltic AG, mit Hauptsitz in Aarau gefertigt.

Die Autoverkäufe in Lettland und Estland sinken um über 40%



Dank der Abwrackprämien in vielen Ländern haben die Autoverkäufe in Europa zum Jahresbeginn ihren Höhenflug fortgesetzt. Die Zahl der abgesetzten Neuwagen in den 27 Staaten der Europäischen Union (EU) legte um 12,9% gegenüber dem Vorjahr auf 1,059 Mio. Fahrzeuge zu, wie der Verband der Europäischen Autohersteller (ACEA) am Dienstag mitteilte. Allerdings lag das deutliche Zulassungsplus auch an dem schwachen Absatz im Vorjahreszeitraum: Im Vergleich zum Januar 2008 sanken die Verkäufe im Vormonat um 17,3%.

Zusammen mit den Autoverkäufen in Island, Norwegen und der Schweiz (EFTA) ergab sich nach ACEA-Angaben für Januar ein Anstieg um 13,0% auf 1,086 Mio. Fahrzeuge. Besonders deutlich legten die Absätze in Norwegen zu, hier lag die Zahl der neu registrierten Pkw um 81,2% höher als im Vorjahresmonat. In den meisten osteuropäischen Ländern brachen die Verkaufszahlen dagegen im Januar erneut deutlich ein: So lag das Minus in Ungarn bei 54,6%, in der Tschechische Republik bei 47,5%, in Litauen bei 46,2% und in Estland bei 44,5%.

LITAUEN

Wird Usackas der neue EU-Sondergesandte für Afghanistan?



Catherine Ashton steht vor einer schwierigen Entscheidung: Seit Wochen wartet die internationale Gemeinschaft darauf, dass die EU-Aussenministerin einen neuen Sondergesandten für Afghanistan benennt. Sechs Kandidaten sind im Rennen, unter anderem aus Italien, Ungarn und Litauen. Sie stellten sich zu Beginn dieser Woche zu einem abschliessenden Interview bei Ashton in Brüssel vor. Doch bereits jetzt

geben Beobachter dem Litauer Usackas (links im Bild) die besten Chancen.

Usackas gilt als erfahrener und charismatischer Diplomat - genau der richtige für den Job in Afghanistan in einer Zeit, in der die EU unbedingt an aussenpolitischem Profil gewinnen will. Vom bisherigen Amtsinhaber Ettore Sequi hatte man nie etwas gehört.

Usackas hingegen hat weder gegenüber Medien noch vor grossen Namen Angst. Als die Nato im März 2009 nach dem Georgien-Krieg wieder auf Russland zugehen wollte, führte Usackas unüberhörbar die Gruppe der Osteuropäer an, die kein Appeasement mit Moskau zulassen wollten. Zwar einigte man sich letztendlich doch darauf, den Nato-Russland-Rat wieder aufzunehmen. Den klaren Sieg hatte Usackas den Russen aber verdorben.

Doch Usackas ging mit einem grossen Handicap nach Kabul: Er trat Ende Januar nach einem heftigen öffentlichen Streit mit Präsidentin Dalia Grybauskaitė zurück. Sie hatte ihm vorgeworfen, einen Bericht über zwei illegale CIA-Gefängnisse in Litauen falsch bewertet zu haben.

Ryanair schafft in Kaunas sein neues Zentrum für Osteuropa



In der litauischen Stadt Kaunas will die Airline ihre erste Zentral- und Osteuropäische Anflugstation einrichten. Gemäss Aussagen des CEO Michael O'Leary wird Ryanair US\$140 Millionen in dieses Projekt stecken. Sie will 18 neue Routen ab Kaunas einführen und 150 Piloten und Flugbegleiter/innen auf diesen Strecken beschäftigen. Der Low-Cost-Carrier war schon seit Jahren auf der Suche nach einem geeigneten HUB im Osten. Die Behörden der Stadt Kaunas hatten im letzten Jahr die Flughafengebühren massiv gekürzt, nachdem flyLAL, die litauische Fluggesellschaft, Konkurs hatte anmelden müssen. Ryanair wird zwei neue Boeing 737-800 in Kaunas stationieren. O'Leary rechnet mit einer Verdoppelung der Passagierzahlen am Flughafen Kaunas in diesem Jahr auf eine Million. Der HUB soll ausserdem 1.000 neue Stellen generieren.

Regierungschef Kubilius auf Investorensuche in den USA



In der litauischen Hauptstadt Vilnius ist man sich bewusst, dass Investitionen in die Zukunft notwendig sind, damit die Wirtschaft sich erholt. In dieser Woche war der litauische Ministerpräsident (links im Bild) deswegen in den USA. Dort besuchte er führende IT-Firmen wie Cisco, Oracle, IBM und HP. Die Visiten sollten ein erster Schritt sein, ein politischer An Schub der wirtschaftlichen Interessen des baltischen Landes. Denn Litauen möchte gern die IT-Zentrale in Europa werden.

Kubilius zählte die vier Faktoren auf, die Litauen nach seiner Ansicht für amerikanische Firmen attraktiv machen: "Wir haben europaweit neben den Italienern die höchste Dichte an Mobiltelefonnutzung, wir gehören weltweit zu den fünf Ländern mit dem am besten entwickelten Breitbandnetz." Ausserdem habe Litauen ein gutes Bildungssystem und doppelt so viele Arbeitnehmer mit Hochschulabschluss wie im europäischen Durchschnitt. „Und wir haben ein sehr investitionsfreundliches Klima", sagte der Regierungschef im Washingtoner Büro der Bertelsmannstiftung.

Litauen hat nur 3,4 Millionen Einwohner, aber 40 Prozent davon besitzen einen Hochschulabschluss. 1000 IT-Spezialisten bilden die litauischen Universitäten im Jahr aus. Die Regierung will verhindern, dass sie weiterhin nach Grossbritannien oder die USA abwandern. In Litauen soll deswegen ein kleines "Silicon Valley" entstehen. Die US-Firmen hätten durchaus Interesse gezeigt, hiess es aus der litauischen Delegation. Denn trotz der guten Ausbildung sind Arbeitskräfte in Litauen billig. Dass die Litauer flexibel sind, hätten sie in den letzten Jahrzehnten gezeigt, erklärte Finanzministerin Ingrida Simonyte in

Washington. Jetzt würden die Menschen an den besseren Wirtschaftszahlen sehen, dass sich der drastische öffentliche Sparkurs auszahle. Sie glaube, dass die Bevölkerung deswegen eher weiteren Sparmassnahmen zustimme, die jetzt notwendig seien. "Das ist anders in anderen Ländern, wo die Menschen an einen gewissen Wohlstand gewöhnt sind und darauf spekulieren, dass es immer jemanden gibt, der sie unterstützt und sie aus der Krise holt. Wir hatten niemand zu Beginn der Krise Anfang 2009, der uns geholfen hat", sagte Simonyte.

Doch die Tatsache, dass Litauen Mitglied der Europäischen Union ist, habe natürlich einen Unterschied gemacht, fügt sie hinzu. Die Finanzhilfen der EU für Litauen seien die einzige Möglichkeit für ihre Regierung, Konjunkturlösungen zu finanzieren. Die Ministerin gibt zu bedenken, dass die Länder, die zum EU-Haushalt grosse Summen beitragen, das nicht besonders gerne sähen und gerne weniger zahlen würden. Aber in der derzeitigen Wirtschaftslage sei "diese Solidarität die einzige Möglichkeit, damit wir überhaupt irgendeine Art von Steueranreizen wie in Deutschland oder Frankreich geben konnten".

Dennoch ist es ein weiter Weg für Litauen bis zu wirtschaftlichen Erholung, wie die jüngsten Arbeitslosenzahlen zeigen: Die Quote stieg im Januar auf 13,3 Prozent. Im Vergleich: im Dezember 2007, dem Höhepunkt des Wirtschaftsbooms, lag sie bei 4,3 Prozent.

Litauen muss hohe Zinsen bezahlen, um sein Defizit zu finanzieren



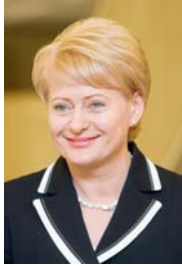
Litauen hat sich erneut auf dem Wege einer auf die überseeischen Finanzmärkte geworfenen Anleihe Geld besorgt. Laut Agenturberichten handelt es sich bei der Anleihe in der Höhe von 2 Milliarden US-Dollar (1,44 Milliarden Euro) mit einer Laufzeit von zehn Jahren um die höchste derartige Schuldverschreibung Litauens bisher.

Nach Bloomberg Daten wurden die Bonds mit einer Rendite von 7,625 Prozent bei Investoren mit einem relativ hohen Zins platziert. Barclays Plc, HSBC Holdings Plc und Royal Bank of Scotland Group Plc begleiteten die Emission, hiess es weiter. Die neuen Bonds werden von Fitch Ratings mit "BBB" bewertet, die zweitniedrigste Einstufung im Bereich von Bonds mit Anlagequalität. Moody's Investors Service stuft die Anleihen mit "Baa1" ein, der drittniedrigsten Kategorie für Bonds mit Anlagequalität. Im Zuge der Kursverluste an den Kredit- und Aktienmärkten, die durch den sprunghaften Anstieg der Risikoaversion bei Anlegern ausgelöst wurde, war auch die Rendite der 2018 fälligen litauischen Euro-Anleihe am Donnerstag nach Angaben von ING Groep NV auf 6,73 Prozent geklettert, der höchste Wert in sechs Wochen. Analysten stufen Litauen im Vergleich mit Griechenland, Spanien und Portugal als attraktiv ein. "Die Schulden Litauens sind deutlich attraktiver als jene der Vergleichsgruppe", sagte Lars Christensen, Leiter Emerging Markets Strategy bei Danske Bank A/S in Kopenhagen. "Das Niveau der öffentlichen Schulden, die Budgetkonsolidierung, das alles sieht besser aus als in Griechenland, Spanien oder Portugal", fügt Christensen hinzu.

Laut einem Bericht der Vilniuser Wirtschaftszeitung "Verslo Zinios" wirkte sich vor allem die jüngste Finanzkrise in Griechenland ungünstig auf die Zahlungsbedingungen aus. "Wir sind anscheinend verflucht", zitierte das Blatt einen Analysten, "letztes Mal hatten uns die finanziellen Sorgen Lettlands daran gehindert billiger auszuleihen, und dieses Mal sieht es so aus als seien es die griechischen Probleme."

Vergangenen Herbst hatte sich das mit einem aktuellen Staatsdefizit von rund 8 Prozent kämpfende baltische Land via Anleihe 1,5 Milliarden Dollar von den Finanzmärkten geholt. Die damals verkaufte Anleihe hat eine Laufzeit von fünf Jahren.

Tauwetter in den litauisch-russischen Beziehungen



"Es gibt viele Gesprächsthemen im Energiebereich, insbesondere nach der Stilllegung des (litauischen) Atomkraftwerks Ignalina", sagte Putin am Mittwoch in Helsinki der litauischen Präsidentin Dalia Grybauskaitė (links im Bild). Das war das erste Treffen eines russischen Ministerpräsidenten und eines litauischen Staatschefs seit Jahren.

"Wir haben von den Plänen des Baltischen Atomkraftwerks gehört. Aber zurzeit geht Russland davon aus, dass sich der Gasbedarf in Litauen nach der Stilllegung des AKW Ignalina wenigstens verdoppeln wird. Die russische Seite ist bereit, all diese Probleme im Geiste der Partnerschaft zu lösen", sagte der Ex-Kremlchef.

Ihrerseits bekräftigte Grybauskaitė das Interesse Litauens an einer Kooperation mit Russland. "Wir möchten Energieträger zu ähnlichen Preisen erhalten wie Westeuropa." Die litauische Führung blicke der Entwicklung der Beziehungen zu den Nachbarn mit Optimismus entgegen, sagte die litauische Präsidentin. Sie habe sich schon längst für die Wiederaufnahme eines konstruktiven Dialogs mit Russland auf hoher politischer Ebene ausgesprochen. "Unsere Wirtschaftsbeziehungen sind für uns enorm wichtig", sagte Grybauskaitė.

Putin brachte die Überzeugung zum Ausdruck, dass es beiden Ländern unter neuer litauischer Führung gelingt, "nun endlich Probleme loszuwerden, die der Entwicklung bislang im Wege gestanden haben". "Das umso mehr, als wir einen soliden Vorschuss haben", sagte der russische Regierungschef. Die beiden Politiker sprachen mit einander ohne Dolmetscher in russischer Sprache.

Quelle: RIA Novosti

Der polnische Ölkonzern Orlen will litauische Raffinerie loswerden



Der staatlich kontrollierte polnische Mineralöl-Konzern PKN Orlen sondiert den Verkauf der Raffinerie in Mazeikiai in Litauen, berichtet die polnische Zeitung "Rzeczpospolita". Die polnische Regierung werde sich dem nicht entgegenstellen, wenn die "logistische Situation" der Raffinerie nicht gelöst werden könne, erklärte der Vize-Schatzminister Mikolaj Budzanowski der Zeitung.

Die polnische Wirtschaftszeitung "Parkiet" schrieb schon vor Tagen, Orlen habe die litauische Regierung mehrfach davon überzeugen wollen, ihr den Öl-Terminal im Ostsee-Hafen in Klaipėda zu verkaufen. Dies würde es für das polnische Unternehmen möglich machen, eine Pipeline nach Mazeikiai zu verlegen und die Transportkosten zu senken. "Man kann ja nicht einige Jahre mit verschränkten Armen zusehen und draufzahlen", kommentierte Budzanowski gegenüber der "Rzeczpospolita" die Situation der Raffinerie.

In Litauen stösst der polnische Investor mit seiner Forderung auf Unverständnis. Die Gerüchte über einen Verkauf von Mazeikiai "dämpfen unseren Enthusiasmus, die Probleme mit der Öl-Versorgung zu lösen", erklärte Deividas Matulionis, der Leiter der Kanzlei des litauischen Premiers, im litauischen Radio.

Als mögliche Käufer der Raffinerie kommen vor allem russische Konzerne in Betracht. Aber weder Lukoil noch TNK-BP wollen sich bisher dazu äussern. "Wir sind natürlich immer daran interessiert, unsere Kapazitäten bei der Öl-Verarbeitung zu erhöhen", erklärte der Sprecher von TNK-BP der "Rzeczpospolita".

Orlen kaufte die Raffinerie in Mazeikiai 2006 für 2,3 Mrd. US-Dollar aus der Konkursmasse des russischen Jukos-Konzerns. Auch einige russische Unternehmen waren an der Übernahme interessiert. Fast gleichzeitig stellte Russland die Lieferung von Öl über die so genannte Druschba-Pipeline nach Mazeikiai ein, angeblich wegen eines nicht behebbaren technischen Defekts. Die grösste Investition von Orlen gilt bei Experten heute als Fehler.

Wiederaufnahme einer direkten Zugverbindung von Tallinn bis Polen geplant auf der europäischen Spurbreite



Die frühere Breitspur - Zugverbindung zwischen Tallinn und Polen soll möglicherweise wieder hergestellt werden, jedoch diesmal auf der Standardspurbreite von 1435 Millimeter von Tallinn über Lettland, Litauen bis hin nach Polen und damit Mitteleuropa. Die entsprechende Machbarkeitsstudie wurde von der Firma AECOM Ltd. mit einem Preisgeld von 360.000 Euro gewonnen.

SPORT VANCOUVER

Kristina Šmigun-Vähi aus Estland gewinnt Silbermedaille im Langlauf



Beim 10-Kilometer-Frauen-Einzel verdrängte die 22-jährige Siegerin Charlotte Kalla mit 6,6 Sekunden Vorsprung die estnische Gold-Turin-Siegerin Kristina Šmigun-Vähi (links im Bild) auf den zweiten Platz, so dass sie sich diesmal zunächst mit einer Silbermedaille zufrieden geben musste. Der estnische Staatspräsident Ilves gratulierte ihr persönlich zu diesem erneuten Erfolg.

Für heute Abend erhofft sich Kristina Šmigun-Vähi eine Medaille in den Langlauf-Disziplinen: 7,5 Km Klassik und 7,5 Km Freistil.

Lettland bisher ebenfalls Silber



Im Rodel-Doppel erlangten die lettischen Brüder Andris und Juris Šics eine Silbermedaille auf dem kanadischen Eiskanal in Vancouver mit einer Minute und 22,969 Sekunden mit 0,264 Sekunden Rückstand auf die österreichischen Brüder Wolfgang und Andreas Linger. Für den morgigen Samstag erhofft sich der Lette Martins Dukurs in der Skeleton Durchfahrt eine Goldmedaille.

Lettlands Eishockeymannschaft wird von der russischen Lokomotive überrollt

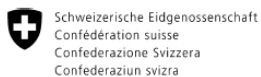


Der Weltmeister der letzten beiden Jahre gilt auch bei den Experten als jenes Team, das Kanada auf seinem Weg zur erhofften Goldmedaille stoppen könnte. Das zeigten die Russen auch im ersten Spiel eindrucksvoll, denn mit Tempoishockey hatte man Auftaktgegner Lettland gut unter Kontrolle und konnte sich sogar zwischenzeitliche Durchschnauffer erlauben. Nach einem sehr guten ersten Drittel führten die Russen bereits mit 3:0 und erhöhten trotz

einer kleinen Verschnaufpause im zweiten Abschnitt auf 4:0. So richtig turbulent wurde es dann in den ersten Minuten des letzten Drittels, als die Russen auf das erste Tor Lettlands mit drei weiteren Toren innerhalb von nur drei Minuten antworteten.

Damit war dieses Spiel eigentlich auch schon erledigt, wenngleich Lettland eine kleine Unaufmerksamkeit sogar noch zum 2:7 nützte. Doch der Schlusspunkt war dann Russland vorbehalten - in der 59. Minute stellte der grosse Favorit mit dem 8:2 auch den Endstand her. Ein guter Auftakt für die Sbornaja, die sich keine Blöße gab und im ersten Match ohne grosse Mühe ins Turnier spielen konnte.

Kulturkalender Litauen



Schweizerische Botschaft in Lettland

643.0sd-LT

Schweizer Kulturkalender für Litauen 2010

(Stand 11. Februar)

„Ausserdem ist es schrecklich, wie es in Zürich von Gelehrten und Literaten wimmelt und man hört fast mehr hochdeutsch, französisch, italienisch sprechen, als unser altes Schweizerdeutsch, was früher gar nicht so gewesen ist“. Gottfried Keller, April 1856

Datum / Zeit	Ort	Anlass	Schweizer Beteiligung	Bemerkungen
19.2.2010 ab 18h00	Klaipeda Schweizer Restaurant „Haemmerli“ D.Vandens g. 13 / Galine g. 16	Kulturabend in Haemmerli	„Die Schweiz und ihre Kulturen“	http://haemmerli.meniu.lt
18. - 21.2.2010	Vilnius Ausstellungszentrum „Litexpo“, Laisves pr.5	Buchmesse von Vilnius	Ausstellung „Die schönsten Schweizer Bücher“	Unterstützung Pro Helvetia www.litexpo.lt

Pressemitteilung



Deutsch-Baltische Handelskammer
in Estland, Lettland, Litauen
Saksa-Balti Kaubanduskoda
Eestis, Lätis, Leedus

Tallinn, 10. Februar 2010

DBHK- Regionalversammlung

Neuer Vorstand der Deutsch-Baltischen Handelskammer in Estland gewählt

Im Rahmen der Regionalversammlung am 09. Februar 2010 in Tallinn haben die Mitglieder der Deutsch-Baltischen Handelskammer in Estland insgesamt fünf Vorstandsmitglieder neu gewählt. Erstmals im Regionalvorstand der AHK für die kommenden drei Jahre vertreten sind Enn Meri (Merinvest OÜ) und Jan Rehberg (HR factory OÜ). Für eine zweite dreijährige Amtszeit wiedergewählt wurden die Vorstandsmitglieder Mario Nullmeier (E.ON Ruhrgas International AG Eesti filiaal / Eesti Gaas AS), Kaarel Tammar (Alvin Rödl & Partner Advokaadibüroo OÜ) und Jan Vogel (Oiltanking Tallinn AS), während Jussi Pärnpuu (Saksa Auto AS) und Toomas Tamsar (Balti Juhtimiskonverents OÜ) nach sechs Jahren turnusgemäß aus dem Vorstand ausgeschieden sind.

„Im Namen der Deutsch-Baltischen Handelskammer möchte ich mich bei den scheidenden Vorstandskollegen für Ihre engagierte Arbeit in den vergangenen Jahren bedanken und gleichzeitig die neuen Vorstände herzlich willkommen heißen. Ich freue mich auf die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zum Wohle der deutsch-estnischen Wirtschaftsbeziehungen, die wir gerade in der aktuell schwierigen und unsicheren Zeit mit den Projekten und Aktivitäten der Handelskammer gezielt verstärken und intensivieren möchten“, so Michael Stenner, Geschäftsführer des Hotel Telegraaf und Präsident der Deutsch-Baltischen Handelskammer in Estland, anlässlich der Ernennung des neuen Vorstandes auf der Regionalversammlung, bei der die AHK den estnischen Finanzminister Jürgen Ligi als Ehrengast begrüßen durfte. Minister Ligi sprach zu den Unternehmensvertretern über die aktuelle Wirtschaftslage und die Perspektiven der Euro-Einführung in Estland.

Der neue Vorstand der Deutsch-Baltischen Handelskammer im Überblick:

- Michael Stenner (Vene Posti Operaator AS) – *Präsident*
- Kaia Kirs (Blauhaus OÜ) – *Vizepräsidentin*
- Enn Meri (Merinvest OÜ)
- Mario Nullmeier (E.ON Ruhrgas International AG Eesti filiaal / Eesti Gaas AS)
- Jan Rehberg (HR factory OÜ).
- Kaarel Tammar (Alvin Rödl & Partner Advokaadibüroo OÜ)
- Jan Vogel (Oiltanking Tallinn AS)
- Maren Diale-Schellschmidt (AHK) – *Geschäftsführendes Vorstandsmitglied*

Nähere Informationen:

Tiina Martsik
Büroleiterin Estland
Tel.: +372 6276 940
E-Mail: tiina@ahk-balt.org
Deutsch-Baltische Handelskammer in Estland, Lettland, Litauen (AHK)

Die Deutsch-Baltische Handelskammer in Estland, Lettland, Litauen ist Teil des weltweiten Netzes deutscher Auslandshandelskammern (AHKs) und als einzige internationale Handelskammer in der Region mit derzeit mehr als 360 Mitgliedsunternehmen über die drei baltischen Staaten organisiert.

www.ahk-balt.org